

WACHSTUM – SCHRUMPUNG – GERECHTIGKEIT.

Eingereicht von: Naturfreunde Deutschlands

Das Megathema unserer Zeit

Anfang der dreißiger Jahre mahnte John Maynard Keynes, dass die Menschen nicht blind sein dürfen für das, was unter der Oberfläche vor sich geht, für die richtige Deutung der Entwicklungstendenzen. Damals, nach der großen Weltwirtschaftskrise von 1929, erlebte die Welt den Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine neue. Die britische Liberale war davon überzeugt, dass die große Depression grundlegend neue Antworten erforderlich machte. Mit seiner Hilfe kam es in den USA zum New Deal. 1932 begann US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der später auch die Weichen für die Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods stellte, die „Karten neu auszuteilen“. Für die weiße Bevölkerung kam es zum Wohlfahrtsstaat, der durch eine Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Konjunktur stabilisiert, die Sozialsysteme ausgebaut und die Beschäftigung gesichert hat.

Auch heute stehen wir an einer Epochenwende. Der globale Klimawandel und die Zerstörung der Biodiversität sind keine singulären Ereignisse, sondern laute Alarmsignale, dass der hergebrachte Weg zu Ende geht. Das ist das Megathema der nächsten Jahre. Die tiefen Einschnitte müssen in einem Zusammenhang gesehen werden, weil sie ihre gemeinsame Ursache in der Fixierung auf ein hohes Wachstum haben. In Wirtschaft und Politik wurden nahezu alle Entscheidungen diesem Ziel untergeordnet, lange Zeit auch unkritisch die Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen. Nun werden die Grenzen des Wachstums sichtbar.

Die unerfreuliche Erkenntnis heißt: Eine Verlängerung der bisherigen Form des Wachstums ist ökologisch verheerend, ökonomisch immer weniger machbar und reicht von daher auch nicht aus, die sozialen Herausforderungen für ein menschenwürdiges Leben zu bewältigen. Der Traum von der immerwährenden Prosperität ist vorbei. Politische Entscheidungen können nicht mehr durch die Hoffnung auf hohes Wachstum ersetzt werden. Von daher geht es nicht nur um Teilkorrekturen. Das Modell der europäischen Moderne muss grundlegend renoviert werden.

Die Antwort auf die großen Herausforderungen entscheidet nicht nur über die Zukunft unseres Landes, sondern auch über die künftige Rolle Europas in der Welt.

Europas Aufstieg wurde durch die utopischen Entwürfe der Aufklärung geprägt. Wachstum mit Fortschritt gleichzusetzen, das war lange Zeit das Rezept für die Probleme der Gegenwart und die Hoffnung auf eine gute Zukunft. Hohes Wachstum war das Heilsversprechen der Moderne. Das Ende der Wachstumsära fällt zusammen mit der Neuordnung der Welt. Der Aufstieg von China, Indien und Brasilien zu führenden Playern hat auch damit zu tun, dass Europa seine



programmatische Dominanz verliert, weil es nicht auf eine qualitative Entwicklung umsteuert.

In dem Wettlauf um bloße Wachstumsziele kann der alte Kontinent nicht mithalten. Die Gefahren liegen nicht nur in der ökologischen Selbstzerstörung, sondern auch in der sozialen Entleerung der Demokratie. Die Vision von Vaclav Havel, ein starkes soziales und demokratisches Europa jenseits des Dschungels des freien Marktes und diesseits eines totalitären Zoos, versinkt der Naturvergessenheit.

Die absehbare Zuspitzung der weiteren Zukunft heißt: Entweder kommt es zu erbitterten Verteilungskämpfen um die knapper werdenden Ressourcen – und damit zu Gewalt bis hin zu Kriegen um Rohstoffe und das Klima. Oder es kommt zu einer nachhaltigen Entwicklung, die ökonomische Innovationen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbindet und mehr Demokratie verwirklicht. Deshalb müssen die Ursachen der Fehlentwicklungen erkannt werden. Es muss zu einer gesellschaftlichen Reformdebatte kommen, die von der ökologischen Idee der Nachhaltigkeit ausgeht, um die Frage zu beantworten, wie heute Fortschritt möglich wird.

Die Ideengeschichte der europäischen Moderne

Die Fortschrittskonzepte der europäischen Moderne bauten auf naturwissenschaftlichen Pioniergeist und einer massiven Entfaltung der Produktion auf. Im historischen Kontext sind die damaligen Hoffnungen, die auf die Ideen von Aufklärung, Vernunft und Humanismus zurückgehen, durchaus verständlich. Nach den Erfahrungen von Kriegen, Chaos und Katastrophen, von Feudalismus, Unfreiheit und Unterdrückung versprachen die Ideen der Aufklärung gesellschaftlichen Fortschritt und mehr Freiheit. Tatsächlich ist die bewusste „Selbstproduktion der Gesellschaft“ (Alain Touraine) eine unverzichtbare Voraussetzung für die Entfaltung der Demokratie und die Gestaltung der Lebensverhältnisse, die ein gutes Leben für alle möglich machen. Jede Gesellschaft braucht, um Reformen durchzusetzen, Dynamik und Veränderung, um Verbesserungen durchsetzen zu können.

Die Voraussetzung dafür ist aber kein quantitatives Wachstum. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert gilt die wissenschaftlich-technisch-ökonomische Entwicklung als Basis des Fortschrittsprozesses. Sie wurde – nicht nur für Marxisten, sondern auch für Liberale – zum festen Unterbau für eine Vorwärtsbewegung der Gesellschaft. Von daher wurde der gesellschaftliche Fortschritt immer mehr mit der Förderung des technischen und ökonomischen Wachstums gleichgesetzt. Der frühe Liberalismus wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung stand Wachstum in einem engen Zusammenhang mit dem Ziel der sozialen, politischen und kulturellen Emanzipation. Norbert Elias fügte dem die disziplinierende und zivilisierende Arbeit am Ich hinzu. Von daher war das damalige Fortschrittsverständnis nicht so naiv, wie es heute dargestellt wird. Im 19. und vor allem im beginnenden 20. Jahrhundert verengte sich das Fortschrittsverständnis auf die Frage der Produktionsverhältnisse,



auf Umwälzungen in den Besitz-, Macht- und Verteilungsverhältnissen. Dagegen wurden die Produktions- und Lebensweise kaum infrage gestellt. Nach den Anfängen der Maschinenstürmerei entwickelte sich eine selbstgewiss demonstrierte Weltanschauung, die von einem mechanistisch-ökonomischen Fortschritt ausgeht – sowohl in den liberalen Teilen des Bürgertums als auch in der Arbeiterbewegung.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Industrialisierung schossen die Fortschrittshoffnungen üppig ins Kraut: vollständige Kontrolle der Natur, ewige Prosperität für alle bis hin zu den schrägen Phantasien der Züchtung eines höheren Menschentyps. Die letzten dreißig Jahre wurden unter der Regie der globalen Finanzmärkte und des Neoliberalismus zum irrealen Höhepunkt der Wachstumsgläubigkeit. Die konservativen Ideologien, die lange Zeit in einer Distanz zur Industriegesellschaft standen, wurden in den letzten Jahrzehnten zu unkritischen Apologeten der Wachstumsfixierung, während in den Linksparteien seit den siebziger Jahren die Wachstumskritik zunahm. Beispielhaft steht dafür der Streit um die Atomkraft. Dennoch wurde in der Öffentlichkeit keine systematische Debatte über Wachstum geführt. Die Janusköpfigkeit im Fortschrittsprozess wurde lange Zeit verdrängt, auch die Tatsache, dass die europäische Kultur ihre weltweite Dominanz nicht zuletzt der wachsenden Zerstörung der Biosphäre verdankt. Bei aller notwendigen Kritik an der Umsetzung der Fortschrittsidee wäre es falsch, den humanistischen Antrieb der instrumentellen Vernunft, die ein Produkt der Aufklärung war, nur als falsch zu kritisieren. John Locke, Thomas Hobbes, Jean-Jacques Rousseau oder Immanuel Kant lebten in einer Zeit, in der die heutige „ungleiche, verschmutzte, überbevölkerte und störanfällige Welt“, wie sie der Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen beschrieben hat, einfach noch nicht vorstellbar war.

Die Grenzen des Wachstums

Heute muss die Kritik an der Wachstumsgläubigkeit geäußert werden, denn sie geschieht gegen besseres Wissen als ideologisches Produkt ökonomischer Interessen und lähmender Phantasielosigkeit. Die europäische Kultur definierte Fortschritt als Naturbeherrschung und grenzenloses Wachstum.

Das hat in die Krise geführt:

- Für mehr Wirtschaftswachstum werden tagtäglich viel zu hohe Emissionen von Treibhausgasen, die das Klima schädigen, in Kauf genommen.
- Die Finanzkrise von 2008 entstand, weil in der amerikanischen und britischen Stagflation Ende der siebziger Jahre höheres Wachstum durch die Liberalisierung der Finanzmärkte stimuliert werden sollte. Die Dominanz der Banken, der Druck der Börsen und ein permanenter Import- oder Exportüberschuss fördern zwar kurzfristig zu Wachstumsimpulsen, schafften aber Ungleichgewichte, die 2008 in die tiefe Krise geführt haben.
- Die wachsenden Staatsschulden liegen nicht nur an den unzureichenden Einnahmen, sondern auch an den wachsenden Ausgaben gegen die



Arbeitslosigkeit und ein sinkendes Wachstum. Daraus wird eine sich beschleunigende Spirale der Verschuldung.

Die falsche Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten erfüllt die düstere Prognose Theodor Adornos über den Spätkapitalismus aus dem Jahr 1968: „Mit der „totalen Expansion des Kapitals läuft die falsche Identität zwischen der Einrichtung der Welt und ihren Bewohnern auf Verhältnisse hinaus, deren Nutznießer man fast vergeblich sucht.“

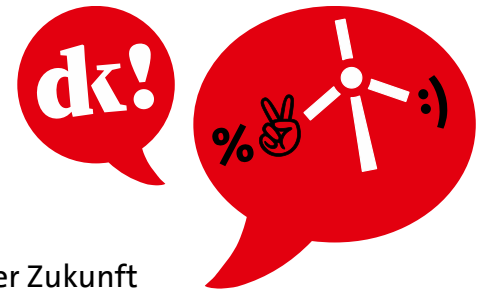
Nach einer langen Periode des Aufstiegs, der Entfaltung gewaltiger Kräfte, der Verselbstständigung des Individuums und einer Ausbreitung der Macht über die Natur treibt die Menschheit auf eine tiefe Krise zu. Deshalb muss es zu einer neuen Phase der Aufklärung kommen, welche die Naturvergessenheit beendet und sich von dem Irrglauben des grenzenlosen Wachstums verabschiedet.

Vor 30 Jahren hätte der globale Klimawandel noch bei 1,5 Grad Celsius gestoppt werden können. Heute ist das unwahrscheinlich. Metalle wie Gallium, Lithium oder Rhenium, die für den Bau von Flugzeugturbinen, Batterien und Solarzellen ungemein wichtig sind, gehen rasant zur Neige. Die „Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ gehört deshalb bereits zum Aufgabenkatalog der NATO. Energie- und Ressourcenkonflikte werden zum Hauptgrund für Gewalt, Terrorismus und Krieg. Auch ökonomisch werden Grenzen des Wachstums sichtbar. Die Wachstumsraten werden künftig immer geringer ausfallen. Die Vorgabe des Lissabon-Vertrages der EU von jährlich drei Prozent Wachstum war falsch.

Was werden nach der Zerstörung der Natur die nächsten Folgen des quantitativen Wachstums sein? Die Zerstörung des (National-)Staats, der Demokratie, des Marktes? Die Länder des globalen Südens brauchen die Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur für ein menschenwürdiges Leben. Ohne eine Kontrolle der Finanzmärkte, eine neue Qualität der Güterproduktion und mehr Verteilungsgerechtigkeit gerät Wachstum schnell an globale Grenzen. Aus der nachholenden Industrialisierung erwächst eine neue Qualität von Naturzerstörung und Ungleichheit.

Eine nachhaltige Entwicklung

Ein grundlegender Umbau ist notwendig, bei dem nur noch das Wachsen darf, was sozial und ökologisch verträglich ist. Und Schrumpfen muss das, was mit einer nachhaltigen Welt unvereinbar ist. Natürlich gibt es ein großes qualitatives Wachstumsfeld in der Sanierung der natürlichen Umwelt und dem Umbau von Landwirtschaft, Energie- und Verkehrssystemen und Chemieindustrie. Eine konsequente Nachhaltigkeit muss zu einem Wachsen der Substanz erhaltenden und zu einem Schrumpfen der Substanz verzehrenden Produktion und Dienstleistungen führen.



Weil die Industriestaaten schon seit vielen Jahren auf Kosten der Zukunft wirtschaften und leben, heißt die Konsequenz: Dort muss es mehr schrumpfen als wachsen. Das Ziel der Nachhaltigkeit darf nicht länger dem quantitativen Wachstum untergeordnet werden. Auch wenn wir daran gewöhnt sind, dass die Ausbeutung der Gemeingüter die Preise verbilligt und die Gewinne erhöht, weil der Substanzverzehr Unternehmen wie Verbrauchern einen überhöhten Wohlstand einbringt, der allerdings höchst ungleich verteilt ist.

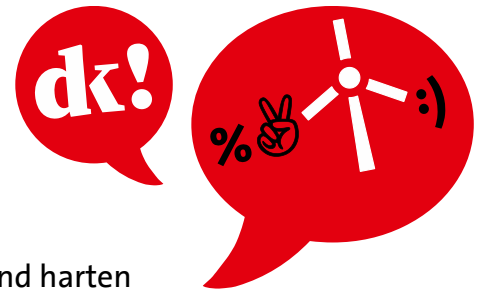
Daraus ergibt sich eine gewaltige Herausforderung: Die Politik muss nicht nur die ökologische Modernisierung gegen massive Widerstände durchsetzen, sie muss zugleich mehr Gerechtigkeit im Bestand verwirklichen und kann die soziale Frage nicht mehr durch die Verteilung des Zuwachses entschärfen. Nachhaltigkeit hebt durch die Bindung an eine „Fernstenliebe“ (Hans Jonas) die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf eine qualitativ höhere Ebene. Der Maßstab ist auf Dauer soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit. Nur wenn diese beiden Kriterien erfüllt werden, ist eine nachhaltige Entwicklung möglich.

Grundbedingungen für mehr Nachhaltigkeit sind neben massiven Anstrengungen, die Nachhaltigkeitsziele umfassend in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu verankern:

- Die Sozial- und Naturbindung des Eigentums, auch des Kapitaleigentums. Im Grundgesetz muss das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung aufgenommen werden, das ökonomische und finanzpolitische Entscheidungen daran bindet.
- Sicherung der öffentlichen Güter, der gesellschaftlichen Gemeingüter wie Energie und Wasser, die nicht kurzfristigen Renditezielen unterworfen werden dürfen.
- Mehr Dezentralität und ein nachhaltiger Wettbewerb durch die Stärkung regionaler Kreisläufe und durch den Aufbau einer Stoff- und Materialwirtschaft.
- Eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen. Mehr Suffizienz, also Genügsamkeit, die unbedingt kommen muss, ist nur machbar, wenn es zu Umverteilungen und einer Neubewertung von Einkommen kommt. Leistungslose Einkommen müssen beschnitten werden.
- Unverzichtbar ist auch der Abbau der Ungleichgewichte in den außenwirtschaftlichen Beziehungen. Ein wichtiger Beitrag, um zu mehr Gleichgewicht zu kommen, ist ein Grenzsteuerwertausgleich, der die Produkte und Technologien verteuert, die ein Sozial- und Umweltdumping fördern.
- Ein wichtiger Schritt ist ein Nationales Wohlfahrtsindikator, der das Bruttoinlandsprodukt ablöst. Dadurch wird eine realitätsgerechtere Bewertung wirtschaftlicher Prozesse möglich.

In Samuel Becketts Endspiel antwortet der Diener Clov auf die Frage seines Herrn, was denn passiert, dass irgendetwas seinen Gang nimmt. Noch haben wir es in der

Klimagerechte Wirtschaft



Hand, ob wir diesen Prozess gestalten oder ob er zu massiven und harten Einschnitten zwingt und neue Gewalt auslöst.